

Stürmische Erwartungen zu oft enttäuscht - sehr oft wegen Gefälligkeitsgutachten

Immer mehr Kleinanleger ziehen sich aus Windparks zurück. „Ich war einmal ein großer Anhänger der Windenergie“, bekennt ein Anleger, der sein Geld gleich in sechs Windparks gesteckt hat. „Aber in der Zwischenzeit ist meine Euphorie verflogen.“

- ▶ Rückbau der 2.000 kW –WKA-Fröhnd von Regiowind vom ca. 1000 m hohen Ittendchwander Horn bei Fröhnd am 02.11.06. Mit nur ca. 40 % des prognostizierten Stromertrags und 300.000 € /a Verlust war sie sehr wahrscheinlich erst der Anfang von weiteren notwendigen „Rückbauten“ im Schwarzwald.
Der Grund : Total falsche „Wind-Gefälligkeitsgutachten“ (um ca. 60 % zu hoch)
- ▶ Rückbau der 2x1500 kW Langenaltheim (Region Weißenburger Jura) im Herbst 2005. Der Verlust aus dem dreijährigen Betrieb, dem Rückbau mit Fundament, dem Verkauf (weit unter Wert), dem Transport nach Niedersachsen und Wiederaufbau dort kann auf ca. 2,5 Mio € geschätzt werden. Die Beteiligungsfirma Windstar gmbH & CoKG ging in Konkurs.
Der Grund : Total falsche „Wind-Gefälligkeitsgutachten“ (um ca. 35 % zu hoch)

Artikel aus dem Weißenburger Tagblatt (WT) vom 29.12.2005

Windräder werden abgebaut

LANGENALTHEIM (rh) – „Aus“ für die beiden Windkraftanlagen zwischen Langenaltheim und der Bundesstraße 2: **Die zwei Rotoren werden abgebaut und nach Norddeutschland verkauft.** „*Schwacher Wind und lokale Windbeschränkungen lassen einen wirtschaftlichen Betrieb nicht zu*“, heißt es in einer Pressemitteilung der Aktiengesellschaft N-Ergie, die über ihr Tochterunternehmen ImpleaPlus zu 49 Prozent an der Windpark Langenaltheim GmbH & Co KG beteiligt ist. Die beiden Langenaltheimer Rotoren sind damit die ersten in der Region, die mangels Ertrag abgebaut werden. **Trotz zweier positiver Windgutachten für den Standort brachten die Anlagen keine zufriedenstellende Stromeinspeisung. Von den vorhergesagten 4590 Megawattstunden pro Jahr wurden seit der Inbetriebnahme vor drei Jahren letztlich nur 65 Prozent erreicht und ins öffentliche Netz eingespeist.** Damit sei ein wirtschaftlicher Betrieb der beiden Windkraftanlagen nicht möglich, hieß es seitens der Betreiber, zu der neben der Implea-Plus auch noch die insolvente Langenaltheimer Windstar AG und ein Privatmann aus Kiel zählen. Implea-Plus ist mit 49 Prozent der größte Anteilseigner. Je 25,5 Prozent der Windpark Langenaltheim GmbH & Co KG gehören den beiden anderen Kommanditisten. Während andere Anlagen in Langenaltheim gute Stromerträge bringen, scheint der Standort für die beiden 100 Meter hohen Rotoren der ausschlaggebende Negativ-Faktor zu sein. Beide Anlagen wurden nicht an den höchsten Punkten der dortigen Jura-Höhen errichtet. Einer der Rotoren steht deutlich abgesenkt in Richtung des so genannten Gaugentales. Die dortigen landschaftlichen Gegebenheiten sorgten zudem für Windturbulenzen, die zu einer deutlich geringeren Stromausbeute führten, hieß es in Insider-Kreisen. Offensichtlich war dies von den Gutachtern nicht oder zu wenig beachtet worden. Die Windpark Langenaltheim GmbH & Co KG führt dagegen ein allgemein geringeres Windaufkommen in Deutschland als Grund an. Allerdings könnten auch „lokale Windbeschränkungen“ eine Ursache sein. Nach der Demontage sollen die beiden Anlagen in einem Windpark in Norddeutschland wieder aufgestellt werden.

Ursprünglich höher

Ursprünglich hatte der „Windpark Langenaltheim“ zwei Anlagen mit einer Gesamthöhe von 140 Metern errichten wollen. Der Langenaltheimer Gemeinderat hatte die zulässige Gesamthöhe über Gelände auf 100 Meter beschränkt und zudem einen Mindestabstand von 1000 Meter zum Ort festgelegt. Aus Sicht von Langenaltheims Bürgermeister Werner Mößner hat der Windpark-Betreiber nun aus wirtschaftlichen Gründen „die Notbremse gezogen“. Nachteile für die Gemeinde oder die Eigentümer der Flächen, auf denen die beiden Rotoren stehen, gebe es nicht, sagte Mößner. „Die Gemeinde hat damals auf Bankbürgschaften bestanden – wir wollten für solche Fälle abgesichert sein.“ Die Bürgschaft dient Mößner zufolge dazu, den Originalzustand der Grundstücke wiederherzustellen. Entfernt werden müssen seiner Ansicht nach nicht nur die beiden schweren Fundamente und die Geländeaufschüttungen, sondern auch die im Boden verlegten 20 kV-Stromleitungen.

28.12.2005 15:35 MEZ

Anmerkungen von Johann Waldmann : In den Berichten zum Bau und dem Betrieb der beiden WKAn wurden genannt : Leistung $2 \times 1500 \text{ kW} = 3000 \text{ kW}$; dies ergibt mit dem unten genannten Stromertrag von 4590 GWh/a od. 4.590.000 kWh : 1530 VLS /a (Volllaststunden) . Die Produktionskosten sollten niedriger als 9cts/a entspr. der EEG 2002- Einspeisgebühr betragen. Der Energieertrag betrug im Durchschnitt der drei Betriebsjahre nur 65 % des für einen vermeintlichen wirtschaftlichen Betrieb notwendigen Wert. Mit den $0,65 \times 1530 \text{ VLS} = 994,5 \text{ VLS} /a$ (Nutzungsgrad 11,3 %) berechnet sich die wirkliche Stromerzeugung von $0,65 \times 4.590.000 \text{ kWh} /a = 2.983.500 \text{ kWh} /a$.Die Stromgestehungskosten (gerechnet mit dem Windpower-Rechner) betragen etwa 13 cts / kWh.

Beide WKAn haben damit in dem dreijährigen Betrieb folgenden Betriebsverlust verursacht :

1. Sollertrag bei 1530 VLS/a : $3 \text{ a} \times 4.590.000 \text{ kWh/a} \times 0,09 \text{ €/ kWh} = 1.239.300 \text{ €}$
 2. Istertrag bei 994,5 VLS/a : $3 \text{ a} \times 2.983.500 \text{ kWh/a} \times 0,09 \text{ €/ kWh} = 805.545 \text{ €}$

Verlust in drei Jahren : 433.750 €

Dies sind fast genau die Verhältnisse, die im Jahr 2002 in Hirschfeld-Himmelreich (Ofr.) nach dreijährigem Betrieb (ca. 950 VLS) zur Pleite des 2.200 kW Windparks geführt hatten. Die drei WKAn wurden nach dem Konkurs für 27 % des Neuwerts an eine Firma aus Niedersachsen versteigert. Etwa 50 Kleininvestoren aus der Umgebung haben gnadenlos ihre Einlagen / Ersparnisse verloren. Der neue Besitzer macht bei gleichen Windverhältnissen nun Gewinn.

Auch die zwei WKAn von Windischeschenbach mussten aus den gleichen Gründen vor zwei Jahren wieder abgebaut werden. Sie sollen in Ostdeutschland wieder aufgebaut worden sein.

In beiden Fällen waren die sogen. Windgutachten und Wirtschaftlichkeitsgutachten „Gefälligkeitsgutachten“ von befreundeten Gutachtern der Grund für die Misere. Gäbe es wirklich unabhängige Gutachter, wären derartige Pleiten unwahrscheinlicher.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu erwähnen , dass WKAn unter einer Volllaststundenzahl (VLS/a) von etwa 1.600 VLS/a Stromgestehungskosten von mindestens 9 cts verursachen. Das DEWI (Deutsches Windenergieinstitut) empfiehlt für einen langfristig wirtschaftlichen Betrieb einer WKA (unter EEG – Bedingungen, d.h. Vergütung ca. fünfmal höher als sein Marktwert)) mindestens 2.000 VLS /a haben sollte. Siehe beiliegendes Blatt. Der Mittelwert aus 44 WKAn aus Ober-und Unterfranken liegt bei ca. 1.126 VLS7a.

Bemerkung : Es muss davon ausgegangen werden, dass die in der Notiz genannte „totale Entsorgung“ Zitat : *„Entfernt werden müssen seiner Ansicht nach nicht nur die beiden schweren Fundamente und die Geländeaufschüttungen, sondern auch die im Boden verlegten 20 kV-Stromleitungen.“* Gesamtkosten von schätzungsweise 400.000 bis 500.000 € verursachen wird (aus belegbaren Erfahrungswerten von zwei demontierten WKAn **in der Gegend von Höxter NRW**).

Es ist zu erwarten , dass wegen des aufwendigen Transports und der genannten Wiederaufstellung der beiden WKAn (ca. 30 % Montagekosten vom Neuwert der beiden WKAn) in Norddeutschland im Höchstfall nur 50 % des Neuwertes erzielt werden können.

Dies wären schätzungsweise 0,5 von ca. 3.000.000 € = **1.500.000 €**

Damit dürfte das ursprüngliche gepriesene „Langenthalheimer Windradwahn-Abenteuer“ Gesamtverluste von ca. 437.000 € + 400.000 € + 1.500.000 € = 2.337.000 € eingefahren haben , oder ca. 78 % des Neu-Investments!!

Bemerkung : Für jeden „Durchschnittskenner“ der Windenergieszene muss dieses Disaster vorhersehbar gewesen sein, zumal die oben genannten Fälle „Hirschfeld“ und Windischesschenbach vor ca. drei Jahren in der Presse breit getreten wurden.

Badische Zeitung vom Freitag, 25. August 2006

Rotoren-Ausverkauf am Ittenschwander Horn?

**Wegen viel zu geringer Windausbeute wird einer der beiden Rotoren auf dem Ittenschwander Horn wahrscheinlich abgebaut/
Markowsky: Gutachter hat sich geirrt**

Von unserem Redakteur Robert Bergmann

FRÖHND. Seit gerade mal einem knappen Jahr sind die beiden Windrotoren auf dem Ittenschwander Horn im Betrieb. Doch der untere der beiden 80 Meter hohen Türme könnte schon in wenigen Wochen wieder verschwunden sein. **Der Grund: Der Rotor erzeugt nicht einmal die Hälfte der im Vorfeld prognostizierten Energie. Und weil eine Besserung nicht in Sicht ist, setzt der Betreiber, die Ökostrom Freiburg, mittlerweile auf einen zügigen Verkauf der fast zwei Millionen Euro teuren Anlage.**

„Wir prüfen das zur Zeit“, bestätigte Ökostrom-Geschäftsführer Andreas Markowsky entsprechende Informationen der Badischen Zeitung. **Im täglichen Betrieb habe sich gezeigt, daß die beiden Gutachter mit ihren Ertragsprognosen im Vorfeld, zumindest für die untere der beiden Anlagen im Windpark Fröhnd, hoffnungslos daneben lagen. Noch nicht einmal die Hälfte der erwarteten Kilo-wattstunden habe der Rotor produziert. Damit laufe die Anlage defizitär, was ein entsprechendes Handeln notwendig mache.** Laut Markowsky kann der von der Firma Enercon erstellte Turm (Neu-preis: 2 Millionen Euro) nach einer so geringen Laufzeit mit einem geringen Abschlag noch gut verkauft werden. „Die Nachfrage ist groß auf dem Windenergie-Markt.“

Für seinen Vorschlag erntete Markowsky kürzlich bei der Gesellschafterversammlung kaum Gegenwind, sondern im Gegenteil große Zustimmung. Der Fröhnder Windpark gehört 151 vorwiegend aus dem Landkreis Lörrach stammenden Kommanditisten, die knapp 1,4 Millionen Euro der Gesamtinvestitionssumme von 4,6 Millionen Euro aufgebracht und in einen Fonds eingezahlt haben. Sollte der Rotor verkauft werden, könnten davon die Bankschulden für den Windpark weitgehend beglichen werden und die ersten Gewinnauszahlungen erfolgen. „Die Anteilseigentümer müßten nach einem Teilabbau aber ihre langfristigen Rendite-Erwartungen deutlich zurückschrauben“, bedauert Markowsky. Gleichwohl ist er sicher: „Da bleibt kein böses Blut.“

„Ein Rückschlag für die Windkraft“
Andreas Markowsky, Ökostrom

„Das wäre für die Gemeinde enttäuschend“, kommentierte Fröhnds Bürgermeister Gerhard Wiezel die Teilrückzugspläne am Ittenschwander Horn. Er hoffe weiterhin darauf, daß es zu diesem „letzten Schritt“ nicht kommen werde. **Sofern die Ökostrom-Betreiber ernst machen, dürften sich natür-lich auch die Pachtzahlungen für den Windpark an die sich finanziell nicht gerade im Aufwind befindliche Gemeinde spürbar reduzieren.**

Doch es sieht nicht so aus, als ob den Windparkbetreibern noch allzu viele Alternativen zu dem ins Auge gefaßten Verkauf blieben. Ein neues, zwischenzeitlich von der Ökostrom in Auftrag gegebenes Gutachten hat Geschäftsführer Markowsky darin bestärkt, den Turm lieber heute als morgen in neue Hände zu übergeben. Nach dem Gutachten ist, so Markowsky, „nicht zu erwarten, daß sich die Situation erheblich verbessert.“ Geprüft worden sei in der aktuellen Expertise eines Hamburger Windkraftexperten, ob etwa eine Erhöhung des aktuell 80 Meter hohen Rotorturms die Ertragslage verbessern könnte. Das Ergebnis lautet: negativ. Auch eine Verlagerung des Standortes um einige Meter bis Kilometer – etwa auf den Zeller Blauen – birgt, so Markowsky, die hohe Gefahr des neuerlichen Scheiterns an den Naturgegebenheiten.

Keinen „griffigen“ Hinweis hat der Windexperte aus dem hohen Norden darauf gefunden, warum die beiden Erst-Gutachter so haben danebenliegen können. Laut Andreas Markowsky sind die Windverhältnisse im Bereich des unteren Turms in der Praxis einfach wesentlich komplizierter für den Betrieb einer Windkraftanlage, als sich dies in der Theorie habe prognostizieren lassen. „Die Gutachter trifft da keine Schuld.“ Auch Markowsky empfindet den wohl bereits im Oktober anstehenden Turmabbau als einen „Rückschlag für die Windkraft“ im Landkreis Lörrach. Solche Rückschläge seien allerdings niemals völlig auszuschließen.

Der am 11. September 2005 in Betrieb gegangene Windpark Fröhnd ist die einzige Windkraftanlage im Landkreis. Die beiden Rotoren sollten ursprünglich gemeinsam rund 6,6 Millionen Kilowattstunden pro Jahr – Strom für etwa 2.200 Haushalte pro Jahr – produzieren. Vor der Eröffnung hatte es sogar Hoffnungen gegeben, daß der Park eines Tages noch um weitere Rotoren erweitert werden könnte. Nach einer im Internet veröffentlichten Tabelle hat der Windpark Fröhnd (beide Rotoren) in den vergangenen zwölf Monaten gerade mal 2.814 Megawattstunden Strom produziert.

Das hat dazu geführt, daß der Jahresertrag der GmbH mit rund 253.000 Euro weit unter den prognostizierten 560.000 Euro blieb.

Falsche Adresse

Dt. Nach hochnotpeinlichen Durchsuchungen und einem langen Ermittlungsverfahren hat die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Lahr in der vergangenen Woche gepfefferte Strafbefehle gegen elf baden-württembergische Bürgermeister beantragt. Sie sollen zugelassen haben, daß sich ein regionaler Stromversorger für die Verlängerung seines Konzessionsvertrags mit Spenden an gemeinnützige Einrichtungen in ihren Gemeinden „bedankt“ hat. Insgesamt sollen in drei Jahren 32 000 Euro in die elf Gemeinden geflossen sein, wobei ausdrücklich vermerkt wird, daß sich keiner der Beschuldigten persönlich bereichert habe. Ganz offensichtlich war ihr Fehler, daß sie sich nicht mit Windkraftbetreibern eingelassen haben. Denn mit denen laufen solche Geschäfte in ganz anderen (bis zu sechsstelligen) Größenordnungen und meistens ohne Strafverfahren ab. Etliche Gemeinden in der Uckermark und in Norddeutschland, die ihre Gemarkung für Windparks zur Verfügung stellten, haben sich von den Antragstellern in aller Unschuld ihre Sportanlagen ausbauen oder ihre Kindergärten verschönern lassen, ohne daß der Staatsanwalt gekommen wäre. Sie waren eben an der ökologisch richtigen Adresse.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.08.2006

Anmerkung von Johann Waldmann : Wenn man den zweiten Teil der Meldung „*Falsche Adresse*“ gelesen hat, möchte man fragen : **In welchem Lande leben wir eigentlich ?** Im Norden sind m.W. eine größere Zahl von staatsanwaltlichen Untersuchungen in Gemeindeverwaltungen und in Landratsämtern bekannt geworden.

Ergebnisprognosen in Windgutachten und die bittere Realität

Die Fa. Bals Energiesysteme, Kamen, lässt in der Regel ihre „Wind-Ertragsgutachten“ von der Firma SOLVENT, Kamen, erstellen. Verständlicherweise handelt es sich dabei um Gefälligkeitsgutachten, die von den realen Ergebnissen oft weit abweichen.

Zur Erhärtung dieser Aussage habe ich drastische Beispiele aus dem südlichen Schwarzwald zusammengestellt.

Ich könnte mühelos über ein Dutzend weiterer Fälle berichten, in denen die Prognosen und die Versprechungen um zig Prozente von den praktischen Ergebnissen abweichen. Die Hauptursache liegt darin, dass Windgutachter und Windanlagen - Projektierer eng zusammenarbeiten. Die Folge davon sind, zumindest in den windschwachen Gebieten Süddeutschlands, Gutachten, die zur Anwerbung von Investoren und zwecks Versprechungen für Gewerbesteuern in den Gemeinden verwendet werden.

Ich möchte diese Aussage mit einem markanten Beispiel aus neuerer Zeit dokumentieren. Beispielhaft nehme ich den **Fall der 2000 kW - Windkraftanlage Fröhnd / Ittenschwander Horn, Südschwarzwald**. Bitte betrachten Sie die eingefügten zwei Papiere :

1. "Seiten 4 u.5 aus Prospekt Fröhnd fesa 2005" und
2. "Badische Zeitung Ittenschwandner Horn 25.08.06"

A. Prognose der Windgutachter :

Die Gutachter - Firma SOLvent aus Kamen hat für zwei WKAn mit 2x2000 kW = 4000 kW eine Windgeschwindigkeit (mittlere Jahreswindgeschwindigkeit) von 6,2 - 6,3 m/s prognostiziert und damit eine Jahresenergieerzeugung von 6,58 Mio. kWh/a vorausgesagt. Dabei hat SOLvent bereits 15,1 % vom errechneten "Bruttobetrag" abgezogen.

Der zweite Windgutachter JH Wind hatte 6,3 - 6,4 m/s, einen Bruttoertrag von 8,482 Mio kWh und nach 22,4 % Abzug ebenfalls 6,58 Mio kWh / a angegeben. Dieser Wert war die Grundlage für die Wirtschaftlichkeitsrechnung. Der Jahresertrag wurde mit **561.274 €a errechnet**. Auf dieser Grundlage wurden die Investoren geworben.

Die sog. Volllaststundenzahl errechnet sich damit zu 6.580.000 kWh : 4000 kW = 1645 h/a, (1 VLS/a) . Hier ist zu bemerken, dass nach dem sog. EEG - 60% - Referenzwert ca. 1700 - 1800 VLS/a verlangt werden.

Die Angabe von SOLvent mit 6,2 bis 6,3 m/s Windgeschwindigkeit auf Nabenhöhe ist völlig aus der Luftgegriffen. Der Wert wurde willkürlich eingesetzt, um die (vermeintliche) Wirtschaftlichkeit nachzuweisen. Eine seriöse Firma hätte etwa ein halbes Jahr lang qualifizierte, teure Windmessungen machen müssen.

Das Deutsche Windenergieinstitut DEWI verlangt für einen langfristig wirtschaftlichen Betrieb einer WKA **mindestens 2000 VLS/a !**. Das eingefügte Papier : "**DEWI 2002 Ausschnitt 14 Seiten**" liefert den Beweis dafür.

B. Reale Ergebnisse nach 12 Monaten Betrieb

Die wirklichen Ergebnisse können dem eingefügten Papier : "**Badische Zeitung Ittenschwandner Horn 25.08.2006**" entnommen werden :

1. **Statt den prognostizierten 6,58 Mio kWh/a wurden nur 2,814 Mio kWh/a oder ca 43 % erreicht. Entsprechend betrug der Jahresertrag statt des prognostizierten Jahresertrags von 560.00 €a nur 253.000 €a , der Verlust lag also bei 307.000 €a !**
Die sog. Volllaststunden lagen statt bei 1645 VLS/a bei nur bei 704 VLS/a !
 Dem eingefügten Diagramm : "**ISET Volllaststunden 2004**" können Sie entnehmen, dass die Windhöffigkeit in Bayern und in Baden-Württemberg nur etwa halb so hoch ist, als in den Küstenländern.
2. In dem eingefügten Papier "**Nachricht von Bran Abbau 03.11.06**" wird berichtet, dass der Abbau einer 2000 kW WKAn am 02./03.11.2006 erfolgt und von einer Höhe von ca 1000 m aus zu Tal gebracht worden ist.

3. Mit Hilfe des sog. Windpower-Rechners : www.windpower.org konnte man wichtige Eckwerte rückrechnen. Danach lag die mittlere Jahreswindgeschwindigkeit auf Nabenhöhe bei nur **ca. 4,5 m/s** statt bei den prognostizierten **6,2 m/s, also um ca. 38 % daneben**. Die Stromerzeugungskosten lagen statt **bei 8,6 ct./kWh** (Einspeisevergütung) **bei ca. 18 ct/kWh !**.

Die Windprognose von SOLvent ist nicht nur in hohem Maße unseriös. Im Hinblick auf den entstandenen betriebs- und volkswirtschaftlichen Schaden unverantwortlich. Allerdings kann angenommen werden, dass der Betreiber FESA bei der Firma SOLvent und auch beim zweiten Windgutachter JH Wind in unseriöser Absicht ein Gefälligkeitsgutachten bestellt hat.

Vorsicht vor falschen Zahlen

Bundesverband WindEnergie will mit neuem Anlegerinfo für mehr Transparenz auf dem Kapitalmarkt sorgen

Papier ist geduldig – und vor allem unschuldig. Auch das, auf dem die Neue Energie gedruckt wird, in der im März 2000 zu lesen war: „Der Windpark Himmelreich ist ein Beispiel dafür, wie eine private Initiative für den Einsatz von Windenergie in ein erfolgreiches Projekt münden kann.“ Vor knapp einem Monat hat die Windenergieversorgung GmbH & Co. Windpark Himmelreich KG Insolvenz beim Amtsgericht Coburg angemeldet.

Gefragt, warum nach den beiden Anlagen in Windischeschenbach (Neue Energie 8/2001) nun bereits der zweite Windpark im Nordosten Bayerns Schiffbruch erlitten hat, sagt Planer und Geschäftsführer Franz Baier: „Uns hat der Wind gefehlt, den ich auch nicht herbei zaubern kann.“ Rund 3,1 Millionen Kilowattstunden sollten die beiden AN-Maschinen mit jeweils 600 Kilowatt Leistung sowie die eine Ein-Megawatt-Mühle der Bremer Windschmiede, die zusammen Anfang Oktober 1998 in Steinbach am Wald (Landkreis Kronach) ans Netz gingen, nach dem Beteiligungsprospekt jährlich produzieren – was auch schon nicht gerade viel ist. Doch es kam noch schlimmer: Durchschnittlich lag der Jahresertrag nur bei etwa 1,9 Mio. kWh. Finanziert worden ist das 4,4-Millionen-Mark-Projekt aber auf Basis der vermeintlich knapp 40-prozentig höheren Windemte.

Franz Grießl, der Beiratsvorsitzende der Betreibergesellschaft, hat nach eigenen Worten schon lange vor der Katastrophe gewarnt: „Schon nach dem ersten Betriebsjahr zeichnete sich die Schieflage ab, da den Aufwendungen von 440.000 Mark für Zinsen und Tilgung nur Einnahmen von etwa 300.000 Mark durch den Stromverkauf gegenüberstanden.“ Grießl, der in Bamberg mit seinem Ingenieurbüro vor allem Photovoltaikanlagen plant und aufbaut, wirft Geschäftsführer Baier „Versagen und Verschleppung“ vor.

Baier selbst hält dem Beirat eine langjährige Obstruktionspolitik vor: „Mehrere Male habe ich seit dem Jahr 2000 das Gremium um ein Nachschießen neuer Gelder gebeten, um den Windpark Himmelreich umzufinanzieren.“ Das Zerwürfnis zwischen ihm und dem Beirat ist tief: „Die Herrschaften wollten an mir vorbei die Anlagen verkaufen. Wie es aussieht, wird wohl ein Gericht klären müssen, wer die Insolvenz des Windparks zu verantworten hat.“ Ihm könne niemand vorhalten, den Windpark bewusst in die Pleite geführt zu haben, da er mit rund 290.000 Mark an dem Projekt beteiligt ist.

Auch bei Franz Grießl ist die Verbitterung groß: „Von Baier haben wir seit Jahren falsche Liquiditätsvorschauen bekommen.“ Ihn ärgert nicht nur, dass 56 Kommanditisten ihre Einlagen von insgesamt rund 1,1 Millionen Mark in den Wind schreiben können: „Auch die Gemeinde Steinbach war mit einer kleinen Einlage an dem Windpark beteiligt. Windkraft ist nicht nur dort zum roten Tuch geworden, auch im gesamten Landkreis Kronach wird sich beim Ausbau nichts mehr tun.“ Grießls sarkastische Reaktion nach dem Insolvenzantrag: Den Rücken der Aktenordner, in denen er bislang seine Unterlagen über den Windpark Himmelreich sammelte, hat er umbeschriftet: Statt „WiWi Himmelreich“ steht da jetzt „Lehrgeld“.

Windpark „Himmelreich“ muss Insolvenz anmelden Bestätigung durch Amtsgericht Coburg / Rettungsversuche unternommen

Steinbach/Wald. Ist der Hirschfelder Windpark „Himmelreich“ noch zu retten? Die Windenergieversorgung GmbH & Co., Windpark Himmelreich KG in Hirschfeld stellte Antrag auf Insolvenz. Wie der Geschäftsführer Franz Baier auf Anfrage der Neuen Presse bestätigte, habe er am vergangenen Freitag die Insolvenz beantragt. Dies wurde auch beim Amtsgericht in Coburg bestätigt.

Bereits in der Neuen Presse vom 22. Mai 2002 war von "Windturbulenzen" im "Himmelreich" zu lesen. Trotzdem dementierte damals Franz Baier eine vorhandene Schieflage des Unternehmens. "Wir haben bisher alle Verpflichtungen erfüllt und werden dies auch in Zukunft so halten - wir sind und bleiben zahlungsfähig", war zu lesen.

Fünf Monate später schaut alles anders aus. Die Windenergieversorgung GmbH & Co. ist in Zahlungsschwierigkeiten und eine Tilgungsstreckung wird nicht mehr gewährleistet.

Das Angebot von Franz Baier den Windpark in Form einer neuen Gesellschaft mit allen Verpflichtungen und Rechten und mit ihm als Hauptgesellschafter zu erwerben, wurde von den Gesellschaftern abgelehnt. Auch konnte, laut Aussage des Geschäftsführers bei den verschiedenen Kaufpreisangeboten für die Veräußerung des Windparks kein zufriedenstellender Preis erzielt werden.

Beide Übernahmevarianten eines hiesigen Unternehmers, nämlich entweder die komplette Übernahme bei der die Geschäftsanteile in Höhe von 50 Prozent an die Gesellschafter ausbezahlt werden, beziehungsweise eine finanzielle Beteiligung, in der die drohende Insolvenz hätte abgewendet werden könnte, kamen nicht zustande.

Trotzdem zeigt der Geschäftsmann nach wie vor Interesse am Windpark, ob mit oder ohne Insolvenz.

Auf Anfrage richtete ein Kommanditist, der nach wie vor ein Befürworter der Windenergie ist, schwere Vorwürfe an den Geschäftsführer. Für ihn sprechen alle Indizien dafür, dass das zögerliche Verhalten von Franz Baier die Misere heraufbeschworen hat. Faktum sei, so der Gesellschafter, dass der Geschäftsführer unter anderem falsche Zahlen den Mitgliedern vorgelegt habe.

So sei beispielsweise der Frühjahrsversammlung eine positive Liquidität vorgelegt worden, die keinerlei Hinweis auf einen Konkurs erkennen ließ.

Für ihn sei klar, dass die derzeitige Situation durch die Geschäftsführung herbeigeführt wurde. Ein weiterer Kommanditist wirft dem Beirat zu zögerliches Handeln vor.

Diese Anschuldigungen wies Franz Baier energisch zurück. Stets konnte jeder Kommanditist die Zahlen am Sitz der Gesellschaft einsehen. Und zudem hätten alle vorgelegten Zahlen auch den Tatsachen entsprochen.

Gegen einen Verkauf der Anlagen unter Wert sträubt er sich jedoch vehement, denn schließlich wolle er auch beenden, was er begonnen habe. Er werde sich nach wie vor einsetzen, dass jedes Mitglied seinen eingesetzten Geldbetrag zurückbekomme.

Nachdem sich die Zahlungsschwierigkeiten abzeichneten, so Baier, sei er sofort aktiv geworden, um die Gesellschaft zu konsolidieren. Auch seien die Gesellschafter in den verschiedenen Versammlungen auf Nachschuss beziehungsweise Kapitalerhöhungen hingewiesen, jedoch seien diesbezüglich keine Beschlüsse gefasst worden. Franz Baier will in den nächsten drei Wochen alles daran setzen, um den Windpark zu erhalten.

Deshalb arbeitet er an einem Konzept, dass er demnächst dem vorläufigen Insolvenzverwalter Jürgen Wittmann unterbreiten möchte.

Dieser ist seitens des Amtsgerichtes beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, ob ein Insolvenzgrund vorliege und ob die Kosten im Falle eines Falles gedeckt seien.

Der Geschäftsführer Franz Baier erhofft sich nun eine finanzielle Spritze von dem derzeit beantragten Beweissicherungsverfahren, gegen den Anlagelieferanten, denn auch die technischen Mängel der Anlagen seien neben dem fehlerhaften Windgutachten für das Nichterreichen der prognostizierten Werte und somit für die negativen Zahlen verantwortlich.

Achim Armbrrecht von der AN-Windenergie beurteilt dies allerdings anders. Für ihn hängen die gravierenden Probleme nicht mit Technik zusammen, sondern mit falschen Prognosen des Windgutachtens. Auch konnte er das beantragte Beweissicherungsverfahren gegen AN-Windenergie nicht bestätigen.

Wie zu erfahren war, hat sich auch der Geschäftsführer der Windenergie Lauenhain, Dr. Andreas Hoffmann, bereit erklärt, bei der Sanierung des Windparks „Himmelreich“ mitzuhelfen.

Drei Millionen Kilowatt nicht erreicht

Der Bürgerwindpark „Himmelreich“ Hirschfeld wurde am 10. Juli 1998 eingeweiht. Mit einer Summe ab 5000 DM konnten sich die Bürger an den Windmühlen beteiligen. 63 Gesellschafter haben damals das Investitionsvolumen von 4,4 Millionen DM aufgebracht. Laut Gutachten sollten die Rotoren jährlich rund 3 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen. Bisher erzeugten die Windräder im Jahre 1999 2.042.000 Kilowattstunden, 2000 1,783 Millionen und im vergangenen Jahr knapp 1,7 Mio. Kilowattstunden.

Neue Presse Kronach 16.10.2002

Anmerkungen zum Windpark Himmelreich in Hirschfeld/Oberfranken

Rahmenbedingungen laut Beteiligungsprospekt:

Der Windpark besteht aus drei AN Bonusanlagen, und zwar:

2 Anlagen Nabenhöhe 58 m, Rotordurchmesser 44 m, Nennleistung je 600 kW
1 Anlage Nabenhöhe 70 m, Rotordurchmesser 54 m, Nennleistung 1.000 kW
Installierte Leistung insgesamt: 600 kW + 600 kW + 1000 kW = 2200 kW.

Windgeschwindigkeit laut Gutachten: 6,3 m/Sekunde in 60 m Höhe über Grund. Der Windpark steht auf den Höhen des Frankenwaldes in 646 m Höhe über NN.

Energieprognose laut Beteiligungsprospekt: 3.100.000 kWh

Tatsächlich erzeugte Energie im Jahr 2001: nur 1.748.170 kWh. Dies entspricht also nur 56,39 % des erhofften Ertrages oder einem Minus von 43,61 %.

Investitionskosten 4.400.000 DM

Der Bundesverband WindEnergie (BWE) setzt in seiner Broschüre „Mit grünen Anlagen schwarze Zahlen schreiben“ die erzeugte Energie ins Verhältnis zu den Investitionskosten und gibt als Orientierungshilfe 1,40 DM pro erzeugte kWh an. In Hirschfeld sind es jedoch: 4.400.000 DM : 1.748.170 kWh = 2,52 DM pro erzeugte kWh

Der vom BWE genannte Wert von 1,40 DM pro kWh wurde um 1,12 DM oder um 80 % überschritten. Durch Missachtung aller BWE-Vorgaben in der o.g. Broschüre wird so die Investition für die Kommanditisten zum Flop.

Volllaststunden:

1.748.170 kWh : 2.200 kW installierter Leistung = 794,6 Volllaststunden. Das bedeutet, dass die Anlagen eine jährliche Auslastung von 9,07 % haben.

Das internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) hat den Wind über einen Zeitraum von 30 Jahren beobachtet und das langjährige Mittel auf 100 % gesetzt. Windverhältnisse laut IWR im Binnenland:

Im Jahr 1999 109,5 % des langjährigen Mittels

Im Jahr 2000 106,5 % des langjährigen Mittels

Im Jahr 2001 101,3 % des langjährigen Mittels

Im angegebenen Zeitraum kann man also nicht von „schwachen Windjahren“ sprechen.

Hans Jungkunz, Tel./Fax 09268-1440

Hans Pfadenhauer, Tel./Fax 09265-8490

gsgw e.V.

Gemeinschaft zum Schutz vor Umwelt- und
Gesundheitsschäden durch Wind-
industrieanlagen in Süddeutschland

Hans Pfadenhauer
Posseck 55
96332 Pressig
Tel: 09265-8490, FAX 8490

Pressig, den 03. Dezember 2002

gsgw e.V. Hans Pfadenhauer, Posseck 55, 96332 Pressig

Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
z. Hd. Herrn Staatsminister Dr. Otto Wiesheu
Prinzregentenstraße 28

80525 München

INSOLVENZ der Windpark Himmelreich GmbH & Co. KG, Steinbach am Wald, Landkreis
Kronach; Verbleib von 320.000,-- DM 5b-Fördermitteln des Freistaates Bayern für Windpark
Himmelreich GmbH & Co. KG, Handelsregister HRA 3607 beim Registergericht Coburg (und elf
weiterer GmbHs derselben Initiatoren)

Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Otto Wiesheu,

wie Sie den diesem Schreiben beigelegten Kopien entnehmen können, ist die o. g. Gesellschaft in
Insolvenz gegangen. Seinerzeit wurden laut Ihrem Umweltminister, Herrn Dr. Schnappauf, 5b-
Fördermittel des Freistaates Bayern gewährt.

Aus dieser Tatsache ergeben sich eine Reihe von dringenden Fragen, insbesondere nach der Höhe
der Verluste unser aller Steuergelder, nach Verantwortlichkeiten bei den Zuständigen, nach auf uns
alle zukommende weitere Fälle und nach Sicherungen, um künftig solche Schäden oder eventuelle
Totalverluste zu verhindern.

1. Was geschieht mit dem Darlehen des Freistaates Bayern im Falle der o. g. Insolvenz?
Entsteht hier ein Totalverlust oder ist noch etwas zu retten?
2. Welche Dienststelle nimmt die Rechte des Freistaates wahr?
3. Wer vertritt die Rechte des Landes beim zuständigen Insolvenzverwalter?
4. Warum fördert der Freistaat Bayern solche Gesellschaften mit öffentlichen Mitteln
bzw. mit Darlehen?
5. Weshalb bedürfen solche Kapitalanlagegesellschaften / Abschreibungsgesellschaften,
deren Konstruktion darauf abzielt, den Beteiligten möglichst hohe steuerliche Verluste
zu verschaffen der finanziellen Förderung durch den Freistaat?
6. Wer prüft die Emissionsprospekte solcher Gesellschaftsmodelle bei Ihnen, bevor in
Form von Beteiligungen bzw. subventionierten Kreditengagements, öffentliche

Mittel bewilligt und auch ausgezahlt werden?

7. Warum werden solche Kreditengagements bzw. Beteiligungen nach Auszahlung der Gelder offensichtlich nie mehr überwacht? Wie sonst wäre zu erklären, dass weder frist- noch sachgerecht die durch einen Wirtschaftsprüfer testierten Bilanzen beim zuständigen Registergericht vorliegen!?
8. Wie ist es wohl zu erklären, dass bereits im - ersten - Betriebsjahr eine Schieflage, ein Liquiditätsengpass, entstanden ist, obwohl in diesem Jahr MWSt-Rückerstattungen in Höhe von rd. 600.000,- DM geflossen sein dürften? Ist diese Schieflage keiner der für die Vergabe verantwortlichen Stellen aufgefallen, oder werden spätere regelmäßige Überprüfungen einfach unterlassen?
9. Welche Maßnahmen sind geplant, um zu verhindern, dass weiterer Schaden und weitere Verluste bei der Liquidation dieses hoch riskanten Objektes entstehen, z. B. durch einen Verkauf - unter Wert - an andere befreundete Spekulanten und Abschreibungskünstler?
10. Bekommen eventuelle Erwerber, welche die Anlagen aus der Insolvenz erwerben oder sich auf anderem Wege aneignen, wieder zinsverbilligte 5b-Darlehen aus Steuergeldern, um weitere Steuerspar- und Abschreibungsmodelle bei arglosen Anlegern loszuschlagen? Gibt dies dann ein Verfahren ohne Ende, bei dem sich Vermittler und Kapitalanlagegesellschaften eine goldene Nase verdienen können?

Es ist für den Bürger nicht mehr nachvollziehbar, warum ausgerechnet Unternehmen im Dunstkreis von zehn und mehr verschachtelten Firmenbeteiligungen, GmbH & Co. KGs usw., um Gewinne und sonstige Mittel wohl besser „kreativ buchen“ zu können, auf die Zuweisung öffentlicher Gelder angewiesen sind und diese offensichtlich auch reichlich zum persönlichen Wohlergehen der Initiatoren und Vertriebspartner bekommen.

Dies hatten wir schon einmal: riskante Bauherrenmodelle, Ostimmobilienabschreibungen, geschlossene Immobilienfonds in Form von GmbH & Co. KGs und - immer wieder - die gleichen Neuen-Markt-Jongleure. Es reicht.

Der Schaden an Gesundheit, der Verfall von Immobilienwerten, der Schaden an Natur und Erholungsgebieten für Städter und Urlauber ist bereits hoch genug. Muss sich da auch noch der Freistaat Bayern mit seinen Steuergeldern als Steigbügelhalter rot-grüner Ideologien betätigen?

Für die Beantwortung der offenen Fragen bedanken wir uns im Voraus recht herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Pfadenbauer
Posseck 55

Gerhard Berka
Buchbach

Hans Jungkunz
Hirschfeld, Am Anger 19

Abschied für immer

Der Abbau der beiden Windräder steht kurz bevor

Windischeschenbach. (eg) Geplant war die Aktion für August. Bis dahin sollten die beiden Windräder in Naabdemenreuth bei Windischeschenbach eigentlich abgebaut sein. Am 19 November geht die Aktion jetzt endlich über die Bühne. Das bestätigte auf Anfrage Bernhard Gubo, Geschäftsführer der „Aufwind Windenergie GmbH“ in Regensburg. In nur drei Tagen soll damit ein Wahrzeichen der Region verschwinden.

Dreieinhalb Jahre hatte die Anlage - investiert wurden 2,6 Millionen Mark - auf einer Anhöhe gegenüber des Bohrsturms Strom produziert. Aber mehr recht als schlecht. Der Wind wollte nicht kräftig genug blasen. **Etwa 50 Prozent weniger Energie** waren es unter dem Strich, als von Gutachtern errechnet. **Und damit ein Negativgeschäft.**

*Anm.: lt. bayer. Windatlas – in 50 m Höhe im Jahresmittel 3,8 – 4,2 m/sec „Aufwind“ zog daraus Konsequenzen und erarbeitete ein Alternativkonzept. Nach mehreren Gesellschafterversammlungen fiel die Entscheidung für Abbau und Umsetzung nach Brandenburg.

Ein viertel Jahr später als vorgesehen soll nun in der übernächsten Woche der Abbau der Windkraftanlagen beginnen. „Die Trupps, die die Windräder am neuen Standort aufstellen, kommen mit der Arbeit nicht nach. Deshalb diese Verzögerung“, erklärt Gubo. Mehrere große Kräne sollen für eine reibungslose Demontage in Naabdemenreuth sorgen.

Die beiden 60 Meter hohen Türme und die Rotoren mit einem Durchmesser von 46 Metern werden mit mehreren Schwerlastzügen weggebracht. Gubo rechnet mit einer Transportdauer von zwei Tagen, da die Lastwagen nur nachts fahren dürfen.

Der Aufbau in Brandenburg erfolgt genauso schnell wie der Abbau. In nur drei Tagen soll die Anlage stehen. „Wir sind nochmals mit einem blauen Auge davongekommen“, zieht der Geschäftsführer Bilanz. **Und man habe daraus gelernt. Weniger freuen wird sich der Gutachter, der mit seiner Windprognose zu optimistisch war. Gegen ihn läuft ein Gerichtsverfahren.**

<http://www.oberpfalznetz.de.print Artikel/0.1782.23711.00.html>, 09.11.2001

Anmerkung: Laut Angaben des bayerischen Solar- und Windatlasses Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Prinzregentenstraße 28 in 80538 München, beträgt die jährliche Windgeschwindigkeit in Naabdemenreuth im Jahresmittel:
in 10 m Höhe über Grund: 2,6 – 3,4 m/s, in 30 m Höhe über Grund: 3,4 – 3,8 m/s
in 50 m Höhe über Grund: 3,8 – 4,2 m/s

Eigentümer

1... UNKUNSTLICH

Vom Winde verweht

Eichsfelder Betreibergesellschaft will nach Windpark-Insolvenz neu starten

Wenn der eisige Novemberwind über die Geisledener Höhen im Eichsfeld weht, ist mit der Kraft der Naturenergie wenig anzufangen. Die Dorfbewohner schimpfen aber nicht über die Kälte, sondern über die Windpark-Ruine vor ihrer Haustür. Zurückgelassen von dem ersten Thüringer Betreiber, der Insolvenz anmelden mußte.

Von Katja Schmidberger

Die Geisledener Höhe gleicht einem Geisterpark. Rotoren liegen auf dem Feld, vier Turmstümpfe erinnern an frühere Betriebsamkeit. Nur ein Windrad dreht sich noch von selbst.

Grund für die Stille ist die Insolvenz der Betreibergesellschaft Ökologik Ecovest AG & Co. Windpark Geisleden KG.

Die annähernd 200 Gesellschafter sehen sich nicht als Schuldige am Niedergang. Hans-Georg Fromme, Mitbegründer und technischer Berater der inzwischen neu gegründeten Auffanggesellschaft Prowind GmbH & Co. Verwertungsgesellschaft Windpark Geisleden KG, ist genau unzufrieden mit der Situation wie die Eichsfelder Dorfbewohner. Auch der Pfarrer schüttelt nur den Kopf, wenn er von der Antoniuskapelle auf den Berg hinauf blickt. Nichts bewegt sich.

Zum Hintergrund: 1997 wurde der Windpark Geisleden konzipiert. Der damalige Initiator und spätere Betreiber, die Ökologik Ecovest AG & Co. Windpark Geisleden KG, kaufte sieben Prototypen bei der Mindener Unternehmung Friesian Windkraftanlagen Produktions GmbH, pachtete und kaufte Grundstücke. So lange ging alles gut. Dann aber erkannte man statische Mängel an den Rädern nicht. Die Maschinenrahmen waren falsch berechnet. Kurz nach der Starphase die ersten Schwierigkeiten. Mittels gedrosselter Leistung versuchten die Betreiber diese zu minimieren. Eine Gefahr für die Bevölkerung war nicht mehr zu leugnen, als auch die technische Standfestigkeit der Türme in Frage gestellt wurde. Die unabwendbare Folge: Alle Anlagen mußten über Nacht still gelegt werden: Ob die Anlage auf der Geisledener Höhe in Zukunft wieder läuft, ist unklar. Denn die Probleme mit der Statik der Windräder sollten erst der Anfang der Ungereimtheiten sein: „Die Geschäftsführung der Betreiberfirma nahm es mit der korrekten Betriebsführung und auch sonst nicht so genau“, erzählt Fromme. „Die 207 Investoren befreiten sich deshalb von der Geschäftsführung und übertrugen die Aufgabe an die Treuwind GmbH in Berlin.“ Nach letzten Verhandlungen mit dem Hersteller war dieser bereit, die Anlagen zu sanieren. Alle sieben Maschinenhäuser wurden abgebaut und mit einem neuen Rahmen versehen. Doch auch dieses Mal wurden die Anlagen nicht fachgerecht geprüft. Drei der Windräder wurden Ende Oktober vergangenen Jahres wieder abgebaut. Eines wurde kurz in Betrieb genommen, die beiden anderen waren nach wenigen Stunden erneut defekt. Zwei Tage später meldete der Hersteller Insolvenz an. Alles blieb stehen und liegen bis heute. Die Treuwind mußte aus diesem Grund ebenfalls Insolvenz anmelden. Zwischen 5.000 und 250.000 Euro verloren die

Probleme für Grundstücke
Eigentümer kann...!

207 Gesellschafter.

Eine Lösung wäre in Sicht. Doch der Insolvenzverwalter der Herstellerfirma zeigt wenig Entgegenkommen. Zum einen baue dieser die Anlagen nicht ab, da er laut eigenem Bekunden kein Geld dafür habe. Auch ein Angebot der neu gegründeten Auffanggesellschaft Prowind, die Kosten für den Abbau zu übernehmen, wurde ausgeschlagen. Der Verwalter will den Standort selbst verkaufen, um einen möglichst hohen Erlös für die Konkursmasse zu erzielen. ist Fromme langsam sauer. Ein Verkauf ist jedoch nicht möglich, da die Auffanggesellschaft die Grundstücke im März dieses Jahres wieder gepachtet hat. Die Prowind will den Windpark neu aufbauen und Anlagen mit doppelter Leistung – statt 750 dann 1.500 kW – in Betrieb nehmen.

Doch die Räder der Bürokratie drehen aus Sicht der Gesellschafter zu langsam. Eine Weiterleitung des Problems an das Landesverwaltungsamt in Weimar sowie das Staatliche Umweltamt in Sondershausen hat dort bisher nur für Achselzucken gesorgt. Prowind fordert schnellstens von den Behörden eine Abbauverfügung. Diese war bisher nicht zu bekommen. Geisleden ist in Thüringen kein Einzelfall. Zwei weitere Parks mit Windrädern des insolventen Mindener Herstellers werden in Kirchengel und Frauenprießnitz betrieben. Alle können wegen Mängeln nur mit gedrosselter Leistung laufen.

Dabei setzt das Land auf erneuerbare Energien. Ihr Anteil liegt in Thüringen knapp über fünf Prozent des gesamten Energieverbrauchs. 18 Prozent hiervon entfallen auf die Erzeugung mittels Windrädern. Ein Prozentsatz, der angesichts von Mängeln an manch technischer Anlage sich ließe, ohne neue Anlagen fördern zu müssen. Thüringenweit wurden bislang 279 Windkraftanlagen installiert, in diesem Jahr waren es allein 32.

Insgesamt konnten damit seit zwölf Jahren 252 Megawatt Strom erzeugt werden. Den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch zu erhöhen, liegt dem Freistaat am Herzen. Seit 1991 förderte das hiesige Wirtschaftsministerium 110 Anlagen mit insgesamt rund 8,1 Millionen Euro. Und bis zum Jahr 2010 soll sich die Leistung der Windkraftanlagen gar verdoppelt haben. Thüringer Allgemeine vom 19.11.2002 Druckausgabe.

AM HEUTIGEN MONTAG STEHT DIE VERSTEIGERUNG AN

Rettung des Windparks oder seine Demontage stehen an

Drei Angebote sind eingegangen / **Bisherige Gesellschafter sehen kein Geld mehr**

Kon es zu einer Versteigerung des Windparks „Himmelreich“ in Hirschfeld, nachdem das Insolvenzverfahren im Januar durch das Amtsgericht Coburg eröffnet wurde? Nach Ansicht des Insolvenzverwalters Jürgen Wittmann kann dies vermieden werden.

STEINBACH/WALD - Wie er auf Anfrage der Neuen Presse mitteilte, findet am heutigen Montag die Gläubigerversammlung in Coburg statt. Bereits bis dato seien drei Angebote eingegangen und weitere Interessenten vorhanden.

Einer davon ist der ehemalige Beirat der WEVO Windenergieversorgung GmbH & Co. Himmelreich KG, der Bamberger Dipl.-Ingenieur Franz Griefl.

Dieser erarbeitete ein Konzept zur Rettung der bisherigen Einlagen der alten Gesellschaft. Mit einer neuen GmbH & Co KG, bestehend aus alten Gesellschaftern, möchte er den Windpark zu einem angemessenen Preis erwerben in der Absicht, durch den Weiterbetrieb der Windräder in den nächsten zwölf bis 15 Jahren sowohl die neuen als auch die alten Einlagen als Gewinn zu erlösen. Natürlich habe er bei seiner Wirtschaftlichkeitsberechnung technische Risiken

und zu erwartende Reparaturen berücksichtigt.

Dieser Entwurf wurde bei den „alten“ Gesellschaftern recht unterschiedlich bewertet. So erklärten sich nach Auskunft Franz Griefls bereits elf „alte“ von ehemals 62 Gesellschaftern bereit, neues Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, um so ihre teilweise erheblichen Investitionen zu retten.

Sollte eine neue Gesellschaft mit einem Teil der „alten“ Gesellschaft zustande kommen, so will der Bamberger Ingenieur diese nach der Gründung für weitere Interessenten der bisherigen Kapitalgeber offen halten.

Dagegen haben andere Gesellschafter einstimmlich die „Schnauze voll vom Wind.“ „Keinen Pfennig mehr stecke ich in den Windpark“ oder „auch in den nächsten Jahren wird kein stärkerer Wind wehen“ war zu hören.

Ein Kommanditist, der eine fünfstelligen Summe in den Windpark investierte, äußerte seinen Unmut. Natürlich habe er mit dieser finanziellen Beteiligung auch einen Gewinn erzielen wollen, meinte der Selbstständige. Aber vorrangig habe er aus ideellen Gründen für diese erneuerbare Energieanlage Geld zur Verfügung gestellt und nach wie vor stehe er der Windenergie

positiv gegenüber.

Abgesehen von dem zu Wünschen übrig lassenden Geschäftsgebaren des ehemaligen Geschäftsführers, zeigte der Kommanditist sich sehr enttäuscht über den Beirat und dem zuständigen Steuerberater. Anfangs sei nur über die Stundenlöhne der Anlagebetreiber debattiert und auftretende Schwierigkeiten, seien es verminderte Winderträge oder technische Mängel und Pannen, heruntergespielt worden.

Die Mehrheit der Beteiligten sei blauäugig gewesen und habe zu sehr dem Beirat, Steuerberater und Geschäftsführung Vertrauen geschenkt. Er jedenfalls habe persönlich seine Lehren aus dieser Sache gezogen. „Nie wieder werde ich Geld für eine irgendeine Beteiligung zur Verfügung stellen.“

Ein außenstehender Unternehmer, der schon seit längerer Zeit sein Interesse an dem Windpark bekundet, verfolgt eine ganz andere Strategie. Er könnte sich durchaus vorstellen, die drei Windräder zu demontieren und den Standort an die Küste zu verlagern, ließ er wissen.

Im Windpark „Himmelreich“ könnten dagegen neue Windräder, die entsprechend der Landschaft konzipiert sind, durchaus wirtschaftliche Windergebnisse

einbringen. Schon aufgrund der politischen Turbulenzen, wie beispielsweise der Irak-Krieg, gewinnen die erneuerbaren Energien seiner Meinung nach in der heutigen Zeit an Bedeutung.

Klar sei für ihn allerdings, dass kein Interesse bei einem Erwerb der Windräder die derzeit vorhandenen Verbindlichkeiten in Höhe von 1,3 Millionen Euro abdeckt.

Für ihn ist ebenso wie für den Insolvenzverwalter klar, dass kaum eine Chance für die „alten“ Gesellschafter besteht, wenigstens einen Teil ihrer finanziellen Einlagen bei einer Veräußerung zu erhalten, da es sich hierbei um nachrangige Forderungen handelt. Und nach dem jetzigen Stand des Wirtmann, könne nicht damit gerechnet werden, dass Zahlungen auf nachrangige Forderungen geleistet werden können.

Und wie äußert sich der ehemalige Geschäftsführer? Er will keine Stellungnahme abgeben, er persönlich habe mit dem Projekt Windpark „Himmelreich“ abgeschlossen. Bitterlich findet er, dass sein im vergangenen Jahr vorgelegtes Konzept zur Rettung der Gesellschaft keine Resonanz bei den Kommanditisten gefunden habe. Er fühle sich ziemlich mies, wenn er doch eine sechsstelligen Geldsumme vs